

Die Verdummung der Unterschicht / Prekariats

Dr. J. Schmidt-Zinges

Die Deutschen sind ein geduldiges Volk. Auch diejenigen, die am unteren Ende der Einkommensscala leben, die Franz Müntefering „Prekariat“¹⁾ nannte. Aber selbst dieser große Teil der Bevölkerung muss überzeugt werden, dass die Regierung alles für sie notwendige und positive unternimmt, damit sie ihren Lebensunterhalt sichern können. Es könnte sonst leicht der Eindruck entstehen, dass alle Reformen der letzten Jahre, die ja hauptsächlich das Prekariat getroffen haben, nur dazu dienten, große Einkommen zu bevorzugen und eine Umverteilung von unten nach oben durchzuführen. Aber weit gefehlt, dem ist nicht so. Um dies zu beweisen werden Statistiken gebraucht und verbogen, die, wissenschaftlich verbrämt, der Bevölkerung klarmachen sollen, wie positiv alles für sie läuft.

Da ist zunächst die Inflation.

Gebetsmühlenartig wird der Bevölkerung erklärt, dass die Inflation um 2% liegt. Dabei weiß jeder, dass zum Beispiel die Einführung des Euro eine Teuerungswelle sondergleichen ausgelöst hat. Regierungsamtlich durfte dies nicht gewesen sein. Wo liegt der Haken? Professor Brachinger, vom statistischen Institut der Universität Fribourg, hatte die Daten analysiert und festgestellt, dass der offizielle Preissteigerungsindex am Menschen vorbeigeht.²⁾ Aus diesem Grund hat der Statistiker Brachinger den „Index der wahrgenommenen Inflation“, IWI, entwickelt. Dieser Index der wahrgenommenen Inflation geht von den Erkenntnissen der Wahrnehmungs-Psychologie aus, die die subjektive Inflationswahrnehmung der Verbraucher nachempfindet. Der IWI basiert auf der Annahme, dass Preissteigerungen höher empfunden werden als Preissenkungen und damit auch höher bewertet werden, besonders wenn häufig gekaufte Produkte teurer werden. Diese wahrgenommene Inflationsrate liegt damit deutlich höher als die vom statistischen Bundesamt ermittelte. Da kleinere Ausgaben wie z.B. für Lebensmittel, Gaststättenbesuche und Friseure höhere Preisanstiege haben und auch öfter anfallen, rücken sie verstärkt in das Bewusstsein. Preislich höhere Waren wie Autos Fernseher etc werden seltener angeschafft, damit wird deren Preissteigerung weniger wahrgenommen. Mit anderen Worten: man hat die Waren des Warenkorb einer anderen Gewichtung unterzogen. Für die vierköpfige Prekariat-Familie ist der Preisanstieg bei Butter, Brot, Fleisch und Käse schwerwiegender, d.h. fühlbarer, als der Preisanstieg bei einem Auto oder einem Fernseher deren Anschaffung nicht geplant ist. Derjenige, dessen monatliches Einkommen gerade für Güter des täglichen Bedarfs reicht, ist von deren Preiserhöhungen selbstverständlich mehr betroffen als derjenige, der hierfür nur 10% seines Einkommens benötigt.

Die Preise für Güter des täglichen Bedarfes erhöhen sich derzeit erheblich. Dies fühlen die Verbraucher direkt. Die Berechnungen des statistischen Institutes der Universität Fribourg ergaben, dass diese Preiserhöhung für Güter des täglichen Bedarfs die Ungleichheit in Deutschland extrem verschärft. Brachinger stellte fest, dass die wahrgenommene Inflation in Deutschland derzeit bei 7% liegt. Diese 7% treffen Arbeitslose und Rentner am härtesten.³⁾

Aber die offizielle Statistik, die mit ihrem herkömmlich gewichteten Warenkorb arbeitet, ergibt weiterhin eine geringe Inflationsrate. Sie ist schlicht eine statistische Lüge. Hierzu schreibt auch E. Grandinger in der Welt am 04.01.08: „Kein Familienvater wird dem statistischen Bundesamt

¹ Ursprünglich: „ungeschützt Arbeitende“, die seitens der Arbeitgeber keinen sozialen Schutz oder eine Garantie des Arbeitsplatzes haben

Heute: synonym für „Einkommensschwach“ (Neue Unterschicht). Hierzu gehören kleine Selbstständige, Angestellte auf Zeit, Praktikanten, chronisch Kranke, Alleinerziehende, Langzeitarbeitslose, Rentner.

² I. Micher: Interview H. W. Brachinger, WELT ONLINE 01.10.07

³ N. Späht: Sieben Prozent! Inflation trifft Rentner am härtesten. Hamburger Abendblatt 51 13.12.2007

Glauben schenken, dass die Verbraucherpreise 2007 voraussichtlich nur um 2,2% gestiegen sind. Das ist Regierungsstatistik pur. Jeder weiß, dass das wahre (tägliche d.Verf) Leben wesentlich teurer geworden ist“. Oder an anderer Stelle: „Man kann nur statistische Tricks anwenden um sie (die Inflation d.Verf.) klein zu reden“.

Eine weitere statistische Lüge ist die Bestimmung der Arbeitslosenquote.

Dies liegt an der Definition Arbeitslosigkeit, an der schon die Vorgängerregierungen gearbeitet hatten um die Zahlen zu schönen. Wer gilt per Gesetz als arbeitslos? Für die Bundesagentur gilt jeder Deutsche zwischen 15 und 65 Jahren als arbeitslos sofern er nicht maximal 15 Stunden pro Woche arbeitet oder sofort eine Stelle antreten könnte und sich bei der zuständigen Agentur gemeldet hat. Damit hat man die „1€Jobber“, sofern die länger als 15 Stunden arbeiten oder auch Arbeitslosengeld 2 Bezieher aus der Statistik heraus gerechnet. Aber nicht nur sie, sondern auch Teilnehmer an staatlich finanzierten Weiterbildungs- oder Trainingsmaßnahmen werden nicht erfasst ⁴⁾. Schätzungen zufolge handelt es sich damit um ca. eine Million Menschen die nicht in der offiziellen Statistik erscheinen. Daraus folgt, dass die wahre Arbeitslosigkeit nicht bei 3,5 Millionen Menschen, sondern bei mehr als 4,5 Millionen Menschen liegt. Und diese Zahl muss unter allen Umständen verschleiert werden.

Die nächste Nebelgranate ist wirtschaftlicher Natur.

Überall kann man hören und lesen, dass Deutschland Exportweltmeister ist. Aber was heißt das? In der Automobilindustrie wird zum Beispiel der Motor in Polen gefertigt, die Karosserie in Belgien, und in Deutschland wird das Auto nur noch zusammengesetzt. Das heißt, die Wertschöpfung in Deutschland ist gering. Das Exportvolumen sagt für sich nichts aus, sondern man muss wissen, wie viel zu der Erreichung dieses Exportes importiert wurde. Nach Untersuchung der CES Gruppe München, 2005, fällt pro Produkteinheit der Wertschöpfungsanteil am deutschen Export außerordentlich rasch. Bestanden 2004 im Durchschnitt 38% der deutschen Exporte aus Importen, entfallen 2005 mehr als 50% der Exporte auf Importe. Mit einer weiteren Diversifizierung wird sich der Wertschöpfungsanteil weiter verringern. Das heißt, der volkswirtschaftliche Nutzen der Exporte wird immer geringer. Die CES Gruppe München stellte in ihrem IFO Standpunkt 65 bereits 2005 fest, für 1% Zunahme der Wertschöpfung im Export steigt das Exportvolumen in Deutschland um 1,36%. ⁵⁾

Siegfried Roth stellte in seinem Vortrag „Informatisierung in der Automobilindustrie“ auf der Tagung "Informatisierung der Arbeit - Gesellschaft im Umbruch", Darmstadt, 28.1.2005 fest, dass die Wertschöpfung der Automobilindustrie, dem wichtigsten Wirtschaftsfaktor Deutschlands, von 35% auf 23% in 2015 sinken wird. (s. auch FGH Studie FAST 2015, 2004). Man sieht, der Titel Exportweltmeister ist nichts weiter als ein schöner Schein, kommt doch nur ein Bruchteil des Exporterlöses der eigenen Volkswirtschaft zugute.

H.-W. Sinn, Professor für Nationalökonomie und Finanzwissenschaft, Präsident für Nationalökonomie, fasst dies wie folgt zusammen:

„Das Land leidet unter einem pathologischen Exportboom. Wohlgermerkt: Es leidet unter einem pathologischen Boom der exportinduzierten Wertschöpfung, und nicht etwa nur der Exportmengen allein. Da die Kapitalrenditen durch die hohen Löhne gering gehalten werden, wird übrigens kaum noch investiert, und der Überschuss der Ersparnisse über die Investitionen fließt als Kapital (für Investitionen d.Verf.) ins Ausland.“

Wie in Deutschland derzeit üblich, wird das Problem wieder nur auf die Lohnhöhe reduziert. D.h. mit dem 1€Jobber als Arbeiter in einem Hochpreisland sind wir auf gutem Weg!

Eine andere, viel schlimmere Lüge ist die Behauptung, dass die Lohnnebenkosten 40% betragen. Ungeniert stecken sich Verbände und Industrie die 20% der Lohnsumme, die dem Arbeitnehmer abgezogen werden, verbal in die eigene Tasche, um mit hohen Zahlen argumentieren zu können. Günter E. Völker weist bereits 2003 in seinem Beitrag der „Lohnnebenkosten-Schwindel“ an Hand der der Gewinn- u. Verlustrechnung des VW-Konzerns Wolfsburg lt. dessen Geschäftsbericht

⁴ L. Seybold: Alles nur Augenwischerei?/Ohne Job und doch nicht arbeitslos FOCUS online 03.01.08

⁵ CES Ifo Gruppe München, , Ifo Standpunkt 65, Pressezentrum 04.05.2005

für das Jahr 2001 nach, dass eine Beitragserhöhung von 0,4% der Rentenversicherung, da sie auch nur zur Hälfte nur vom Arbeitgeber getragen wird, 0,04% je 100€ Gesamtbetriebsaufwand sind.⁶⁾ Das statistische Bundesamt⁷⁾, (Abb.1). bringt eine anschauliche Darstellung wie die Lohnnebenkosten im europäischen Vergleich sind. Werden aber die freiwilligen und sonstigen oder betrieblich vereinbarten Lohnnebenkosten herausgenommen und die Tabelle nur nach den gesetzlichen Lohnnebenkosten sortiert (Abb.2), liegt Deutschland bereits im unteren Drittel der Lohnnebenkosten im europäischen Vergleich (Abb. 2). Und diesen Wert will die Koalition weiter senken. Die Löhne oder Lohnnebenkosten machen den Standpunkt Deutschland nicht kaputt. Kaputt machen ihn die immer extremer werdenden deutschen Umweltauflagen, die extrem hohen inländischen Energiekosten, die unverhältnismäßig langwierigen behördlichen Genehmigungsverfahren, die zudem noch von Bundesland zu Bundesland unterschiedlich sind und die überhöhten privaten Lebenshaltungskosten. Alles Folgen staatlichen Handelns. So wird die Koalition weiter wie bisher die sozial Schwachen plündern, die Umverteilung vorantreiben und die Bevölkerung mit getürkten Statistiken beruhigen. Aber eins ist sicher: sobald sich wieder Geld angesammelt hat für die Alterssicherung, sei es die Riester Rente, sei es privates Sparvermögen, wie üblich, Wege zu finden um an dieses Vermögen heranzukommen. Die Sparer werden wieder nichts davon haben.

Ritterhude 09.01.2008

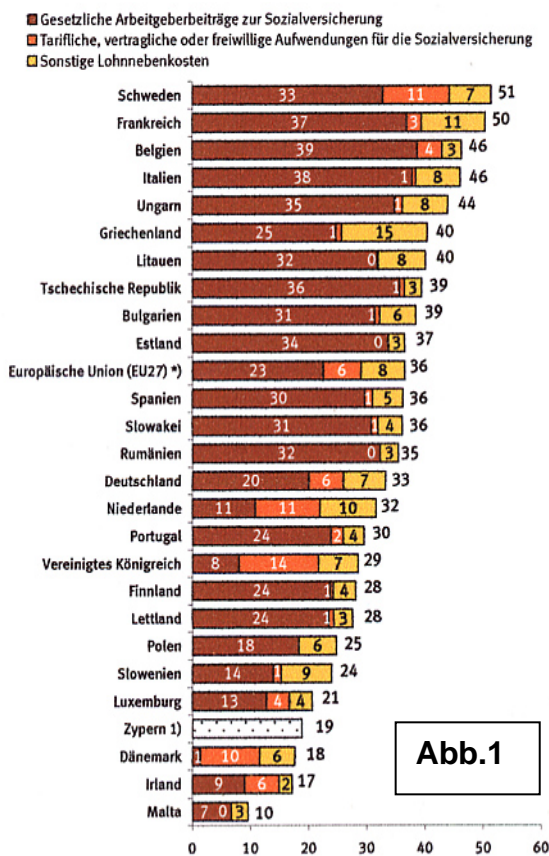


Abb.1

Gesetzliche Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung

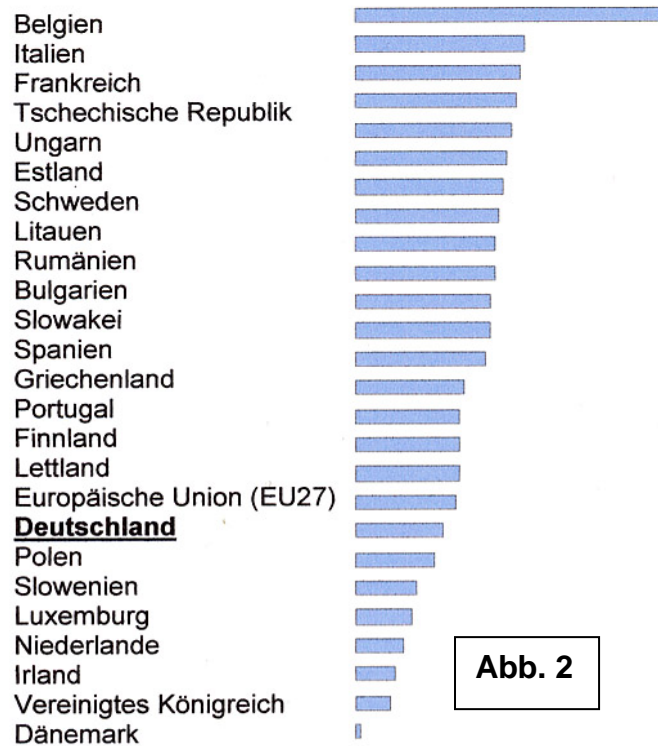


Abb. 2

Deutschland liegt bereits im unteren Drittel der EG bei den „gesetzlichen“ Lohnnebenkosten .

⁶ G. E. Völker: Lohnnebenkosten-Schwindel. 30.11.2003, www.bohrwurm.net

⁷ Statistisches Bundesamt: Lohnnebenkosten im europäischen Vergleich, Februar 07